

Deutsch-Chinesische Nachrichten

德華日報

Einziges Tageszeitung
deutscher Sprache in Ostasien

Eingetragen als Zeitung
auf dem Chines. Postamt.

Motto:

Ohne Rücksicht auf Parteien
Treu der alten Heimat und der neuen.

3. Jahrgang

Tientsin, Donnerstag, den 14. Juli 1932.

Nummer 545

Die Börse in Unruhe.

Berlin, den 12. Juli (Transocean Asiatic). Auf die Hoffnungen, welche durch die Nachrichten von der Lösung in Lausanne genährt worden waren, folgte jetzt der Rückschlag in Gestalt einer Depression des Marktes, da man Befürchtungen betreffs der Zeit der Ungewissheit hegt. Die stürmische innerpolitische Lage macht gleichfalls die Geldgeber ängstlich, die schon über den Rückgang der deutschen Aktien und Anleihen im Auslande in Unruhe sind. Die meisten Papiere gingen um 1 bis 2% zurück und diese Rückbewegung zeigte sich in besonderer Stärke gegen Schluss der Börse. Tägliches Geld 5½ bis 6½

Wenn Lausanner Abkommen nicht ratifiziert wird, kommt neue Konferenz, hat MacDonald bestätigt. Man soll mit den Amerikanern vorsichtig umgehen.

London, 12. Juli (Transocean Asiatic). Als Ramsay MacDonald sich vor dem überfüllten Hause erhob, um dem Unterhaus einen Bericht über die Lausanner Konferenz zu erstatten, wurde er mit lautem und langem Beifall von den Banken der Regierung begrüßt.

MacDonald behauptete, dass die Konferenz das Ende der Reparationspolitik bedeute und sagte, dass kein Wirtschaftsabkommen denkbar sei, solange noch die Reparationen in Kraft sind. Solange nicht Deutschland in der Weltwirtschaft wieder einen Faktor darstellt könne von einer Verbesserung der Weltwirtschaftslage nicht die Rede sein. (Das Folgende verstümmelt).

Der Ersterminister deutete anscheinend die Möglichkeit an, dass der Lausanner-Vertrag von einem der Parlamente, die dabei in Betracht kommen, nicht ratifiziert werden könnte, denn er sprach von der Frage des deutschen Reichskanzlers, die dieser an ihn gerichtet habe, ob er dafür garantieren könne, dass, wenn dieser Plan nicht angenommen werden würde, eine neue Konferenz der Mächte stattfinden werde. MacDonald sagt, dass er auf diese Anfrage geantwortet habe, das würde sicherlich der Fall sein. Sonst bliebe ja nichts anderes übrig, als zum Young Plan zurückzukehren. Aber er hoffe zuversichtlich, dass das Lausanner Abkommen nicht zusehender würde und wenn es irgendein Mittel gebe, den Fehlschlag des Abkommens zu vermeiden, so würde die britische Regierung es, wie er versichert habe, in Anwendung bringen.

Bezüglich des amerikanischen Anteils an der Frage, sagte der Ersterminister, dass die Arbeit in dieser Richtung ausserordentlich vorsichtig sein müsse, da die Amerikaner in diesem Punkte sehr empfindlich seien. Er möchte aus diesem Grunde ganz klar seine Meinung aussprechen, und die sei, niemand habe das Recht, den Vereinigten Staaten daraus einen Vorwurf zu machen, dass sie ihre eigenen Ansichten haben und ihre Politik durchführen, welche sie folgerichtig die ganze Zeit befolgt haben, und er denke, es gebe kein Volk auf der Erde, welches sich lieber bereit finden würde seine Hand zu bieten, um die Schwierigkeiten und Komplikationen zu beseitigen, die jetzt Europa behindern als eben das Volk der Vereinigten Staaten. Zum Schluss seiner Ansprache sagte der Ersterminister, er sei nicht für die Anregung, dass die Weltwirtschaftskonferenz in Genf stattfinden solle.

Die Sozialdemokraten bei Frhr. v. Gayl. Unruhen in Deutschland. Kabinett wird sich mit der Lage im Innern beschäftigen.

Berlin, 12. Juli (Transocean Asiatic). Der Reichsinnenminister Frhr. v. Gayl empfing heute die Führer der sozialdemokratischen Partei, welche dem Minister von den Tatsachen der politischen Unruhen der letzten Tage sprachen und seine ernste Aufmerksamkeit darauf richteten, dass sie die Lage im Lande für ausserordentlich ernst ansehen, weshalb sie die Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung verlangten. Im Besonderen verlangten sie, dass die Erlaubnis zum Tragen der Uniformen aufgehoben werden solle.

Amtlich wird erklärt, dass der Minister, Frhr. v. Gayl, in seiner Antwort die verabscheuungswerten provokatorischen Gewaltanwendungen verurteilte, von welcher Seite sie auch kommen mögen. Im Weiteren sagte er, dass die Mittel zur Erhaltung der Ordnung gegenwärtig in den Händen der Regierungen der verschiedenen Bundesstaaten seien. Jetzt, wo der Reichskanzler wieder in Berlin sei, würde das Kabinett sich versammeln, um die innere Lage zu besprechen. Der Minister weigerte sich die Verordnung betreffs der Erlaubnis des Uniformentragens rückgängig zu machen.

Neue Studentenkrawalle in Berlin.

Berlin, den 12. Juli (Transocean Asiatic). Neue Reibungen zwischen nationalsozialistischen, republikanischen Studenten, zu denen es kam infolge der geheimnisvollen Entfernung der nationalsozialistischen Bänder von dem Kranz, den die Studenten auf dem deutschen Kriegssarkophag niedergelegt hatten, veranlassten den Rektor zur Polizei zu senden und wieder einmal die Universität zu schliessen.

Ernte Beurteilung der Unruhen in Belgien.

Brüssel, den 11. Juli (Angasta) Infolge der Unruhen hat König Albert auf seinen beabsichtigten Sommeraufenthalt in der Schweiz verzichtet und kehrt sofort nach Brüssel zurück.

Alle Minister haben dauernd auf ihren Posten zu bleiben, um die notwendigen Verfügungen zu treffen und weitere Unruhen und Krawalle sofort zu unterdrücken.

Weitere Gewaltakte und Sabotage dauern an. Einige der Streikenden heschlossen die Eisenbahnlagen aufzureissen. Die belgische Presse beschuldigt die kommunistischen Elemente der Täterschaft.

Die Sozialdemokraten in Belgien blasen ab.

Brüssel, den 12. Juli (Transocean Asiatic). Zur allgemeinen Überraschung haben der oberste Rat der Sozialistischen Partei und der Nationale Vollzugsausschuss der Gewerkschaft den Antrag abgelehnt, den Generalstreik auszurufen und haben die Arbeiter in den verschiedenen Gebieten des Landes die bisher vom Streik noch nicht berührt sind, aufgefordert die Arbeit fortzusetzen. Die vereinigten beiden Körperschaften jedoch sprachen sich ausdrücklich für alle Forderungen der Streikenden aus und ersuchten die Regierung in diesem Sinne Massnahmen zu ergreifen. Unter den in Frage stehenden Forderungen befindet sich die Absetzung des Gesetzes zur Erhöhung des Weizenpreises, die sofortige Einstellung der Kürzungen an Löhnen und Arbeitslosenunterstützungen und schliesslich eine mehr gleichmässige Verteilung der Arbeit unter den Arbeitswilligen.

Tagesordnung der Konferenz von Ottawa.

Tientsin den 13. Juli. Wie Reuter aus London berichtet, ist die Tagesordnung der Konferenz von Ottawa nun bekannt gegeben worden. Darnach steht zur Verhandlung: Handels- und Zoll-Politik, Ausdehnung der Reichsvorzugszölle auf das ganze Reichsgebilde, Ausdehnung von Tarifvorteilen, welche anderen Ländern gewährt worden sind, auf andere Teile des Reiches, Exportprämien und Antidumping-Steuer für das ganze Reichsgebilde.

Die Besprechung der Politik der Handelsverträge erfordert eine Erläuterung des Begriffes der „meistbegünstigten Nation.“

Ferner werden Grundlagen und Mittel der Zusammenarbeit im Reiche zur Sprache stehen, darunter die industrielle Zusammenarbeit, die verschiedenen Währungen und Münzeinheiten des Reiches, ob es wünschenswert und fruchtbar sein wird einen allgemeinen Preisgleichstand wiederherzustellen oder zu erhalten, und schliesslich die Frage der Stabilisierung der Währung.

Die Kommission kommt vorzeitig nach Peking zurück.

Tokio, den 12. Juli (Nippon Dempo). Die Mandchureikommission wird am 15. oder gegen den 15. nach dem Gespräch mit Graf Uchida nach Peking zurückfahren. Herr Haas, der Generalsekretär der Kommission, erklärte dazu:

In der früheren Abreise der Mandchureikommission von Tokio nach Peking liegt nichts Ueberraschendes. Wir sind ja durch den Botschafter Yoshida und andere japanische Beamte in ständiger Verbindung mit der japanischen Regierung. Wir bearbeiten wohl einen Plan zur politischen Regelung und haben auch andere, welche in dem Bericht an den Rat enthalten sein werden. Diese politischen Punkte fordern noch Durchsprechung seitens der 5 Mitglieder, sind aber bisher noch nicht angerührt worden.

Tokio, den 13. Juli (Nippon Dempo) Nach der Unterredung mit Graf Uchida am Morgen des 14. Juli wird die Mandchureikommission am 15. Juli mit dem Dampfer Chichibu Maru von Yokohama nach Schanghai abreisen.

Tokio, den 12. Juli (Nippon Dempo). Es ist die allgemeine Ansicht, dass die Mandchureikommission ihren Aufenthalt abgekürzt hat, da sie keine Möglichkeit sieht mit der japanischen Regierung zu einem Kompromiss über die Mandchurei zu kommen.

Moskau ruft zur Unterstützung des Streikes auf.

Moskau, 12. Juli (Transocean Asiatic) Die kommunistische Internationale hat einen Aufruf an alle ihr angeschlossenen Körperschaften in der ganzen Welt erlassen und fordert von ihnen Sammlungen zur Unterstützung der streikenden belgischen Arbeiter.

Was Graf Uchida der Kommission gesagt haben soll.

Tokio, den 12. Juli (Nippon Dempo) Die erste Unterhaltung zwischen Graf Uchida und der Mandchureikommission fand im Auswärtigen Amte um 3 Uhr nachm. statt und soll über eine Stunde gedauert haben. Zwar sind die Besprechungen ganz geheim gehalten worden, doch glaubt man, dass Graf Uchida insbesondere Folgendes gesagt hat:

1) Bezgl. der Regelung der mandchurischen Frage muss eine Methode gefunden werden, welche die dauernde Lösung ermöglicht, keinen Anlass zu Streitigkeiten in der Zukunft gibt und die Gründung der Mandchuguo nicht übersieht.

2) Da die Gründung der Mandchuguo eine Folge der Zersplitterung von China ist, nicht aber auf einen Angriff von dritter Seite zurückzuführen ist, berührt sie nicht das Neun-Mächte-Abkommen. So ist auch die Anerkennung der Mandchuguo keine Verletzung dieses Vertrages.

3) Der Plan einer autonomen Regierung der Mandchurei übersieht die Unabhängigkeit der Mandchuguo (?). Deshalb ist Japan gegen jede Widerkehr einer chinesischen antijapanischen Regierung nach der Mandchurei.

4) Niemand kann Vorwürfe erheben gegen die Anerkennung der Mandchuguo. Sie ist ein souveränes Recht jeden Landes. Es gibt auch keine andere Lösung als die Anerkennung der Mandchuguo.

Die zweite Besprechung wird am 14. Juli um 10.30 vorm. stattfinden.

Unmittelbare Verhandlungen von der Sachverständigen-Konferenz vorgeschlagen.

Nanking, den 12. Juli (J.I.B.) Nach einer chinesischen Quelle haben sich 17 von den 27 verschiedenen Universitätsprofessoren (gemeint ist wahrscheinlich die jetzige Sachverständigen-Konferenz in Nanking unter dem Vorsitz von Wang Ching-wei, D.-C. N.) für unmittelbare Verhandlungen mit Japan ausgesprochen. Nur durch unmittelbare Verhandlungen könne man zu einer wirklichen Lösung kommen. Der Völkerbund habe doch keine Macht und rede nur viel. Er werde China die Mandchurei nicht wiedergeben.

Auch die allgemeine Meinung in China steht für unmittelbare Verhandlungen. Daher haben die obersten Regierungsstellen sich nun entschieden die Verhandlungen zu beginnen und zwar in einem freundschaftlichen Sinne. Sonst würde China doch nur endgültig das Gebiet verlieren.

Japanische Anforderungen an eine Lösung der mandchurischen Frage.

Tientsin, den 13. Juli. Auf der Besprechung zwischen Graf Uchida und der Mandchureikommission gestern, welcher auch Lord Lytton beiwohnte, soll, wie Reuter berichtet, der japanische Aussenminister unter anderem auf die folgenden Punkte Wert gelegt haben:

1) Die Lösung der mandchurischen Frage soll unter allen Umständen von Dauer sein.

2) Durch die Lösung müssen alle zukünftigen Hindernisse in der Mandchurei vermieden werden.

3) Da nun einmal die Mandchuguo da ist, wird Japan sie anerkennen, wozu die japanische Regierung alle Freiheit hat. Die Anerkennung soll so bald als möglich erfolgen, damit ein dauernder Friede im Fernen Osten gesichert wird.

4) Japan erblickt in einer solchen Anerkennung keinen Verstoss gegen das Neun-Mächte-Abkommen.

5) Japan hegt nicht die Absicht, die Mandchuguo zu annektieren.

6) Japan verspricht sich nichts von unmittelbaren Verhandlungen mit der chinesischen Nationalregierung, da die Mandchuguo-Regierung schon errichtet ist.

Sowjets in der neutralen drei-Meilen-Zone?

Harbin, 13. Juli . . . Kreise der Chinesischen Ostbahn melden, dass sie Drahtnachricht von Mandchuria erhalten hätten, dass Sowjet Truppen sich auf dem Marsch an die Grenze befänden. Augenblicklich seien sie in der Mitte der neutralen drei-Meilen-Zone, die durch das Habarowsker Protokoll eingerichtet worden ist.

Dieser Bericht wird von dem japanischen Militär-Kommando bestritten, trifft aber nichtsdestoweniger auf allgemeinen Glauben. (Nach Reuter).